

## **A n t r a g**

### **der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

#### **Perspektive der mitteldeutschen Photovoltaikindustrie**

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, zu berichten:
  1. welche Auffassung sie zu dem von der EU-Kommission eröffneten Antidumpingverfahren gegen Solarprodukte aus China vertritt und mit welchen Auswirkungen Thüringer Unternehmen gegebenenfalls rechnen müssen;
  2. welche Auffassung sie zur Einführung einer Local- bzw. European-Content-Regelung vertritt und wie sie ihre Haltung begründet;
  3. wie sie die Einführung eines Labels für Einzelkomponenten und Gesamtanlagen einschätzt, das heißt:
    - a) welche Auffassung sie zu den Effekten eines solchen Labellings vertritt;
    - b) welche ökologischen, qualitativen und sozialen Aspekte berücksichtigt werden müssen;
    - c) wie die räumliche Fokussierung eines regionalen Labellings gestaltet sein sollte;
    - d) welche rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung eines solchen Labels erfüllt werden müssen;
  4. wie der generelle Stand der Forschungsförderung für die Photovoltaikindustrie eingeschätzt wird;
  5. wie die Photovoltaikindustrie in der künftigen Clusterpolitik des Landes berücksichtigt wird und in welcher Höhe Mittel für eine Weiterentwicklung des Clustermanagements der Photovoltaikbranche eingesetzt werden sollen.
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
  1. die gemeinsamen Vermarktungsstrategien einheimischer Solarprodukte unter einem Label zu unterstützen; diese sollen an einheitliche Umwelt-, Qualitäts- und Sozialstandards gebunden sein und den mitteldeutschen Raum umfassen;
  2. sich dafür einzusetzen, dass die jetzigen Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) im Bereich Photovoltaik nicht kurzfristig geändert, sondern langfristig umgestaltet werden;
  3. vom Bund eine aktivere Solar-Industriepolitik einzufordern, das heißt, konkret sollen über die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) kurzfristig Kredite für die Solarindustrie bereitgestellt werden;
  4. die im Kompromiss mit den Ländern vom 27. Juni 2012 zusätzlich ausgehandelten Punkte bei der Bundesregierung einzufordern:
    - a) Initiierung eines technologieoffenen Marktanreizprogramms für dezentrale Speicher in der Höhe von 50 Millionen Euro;
    - b) substanzielle Erhöhung der Forschungsmittel;

- c) Abbau rechtlicher Hindernisse der Versorgung von Mietern mit preisgünstigem EEG/KWK-Strom aus bewohnten Gebäuden zum Eigenverbrauch;
5. Investitionen in Forschung und Entwicklung zu unterstützen und sich für die Auflage eines Kreditprogramms für innovative Solarprojekte mit Systemdienstleistungen (Netzstabilisierung/Speicherung) einzusetzen;
6. sich für eine generelle Erhöhung der Forschungsförderung für die Photovoltaikindustrie einzusetzen, die ihrem Rang als einer Schlüsseltechnologie entspricht. Damit sollen die Forschungs- und Entwicklungskompetenzen in Mitteldeutschland deutlich gestärkt sowie die Kosten der Produktionsprozesse weiter gesenkt werden.

**Begründung:**

In Thüringen bzw. in Mitteldeutschland haben sich alle Bereiche der Wertschöpfungskette der Photovoltaikindustrie angesiedelt. Durch den Verbund mit Hochschulen, Maschinenbauern und Forschungsinstituten ist ein international wettbewerbsfähiges High-Tech-Cluster unter dem Namen "Solarvalley Mitteldeutschland" entstanden. Dazu zählen 35 Unternehmen und 9 Forschungseinrichtungen mit 16 000 Arbeitsplätzen (2011), welche 40 Prozent des deutschen PV-Umsatzes erwirtschafteten. Damit konnten in den letzten Jahren wichtige wirtschafts- und beschäftigungspolitische Impulse gesetzt werden. Damit sind Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen auch deutschlandweit ein bedeutender Standort dieser Zukunfts- und Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts.

Durch die Dumpingpolitik asiatischer Staaten, insbesondere Chinas, ist eine Schieflage bei der Herstellung von Solarmodulen entstanden. Die gefährdete Konkurrenzfähigkeit deutscher und europäischer Solarunternehmen zwingt die Politik zum Handeln. Es stellt sich die Frage nach angemessenen Maßnahmen, die die Fertigung von Solarmodulen und damit die Zukunft der Photovoltaikindustrie in Mitteldeutschland auch weiter ermöglichen.

Um die heimische Photovoltaikindustrie gegen unlauteren Wettbewerb zu schützen, können verschiedene kurzfristig und langfristig wirksame Maßnahmen ergriffen werden. Dazu zählen, z. B. ein Antidumpingverfahren mit der Verhängung von Strafzöllen, die Einführung einer Local- bzw. European-Content-Regelung im EEG, die Verbesserung des Zugangs zu Bankkrediten und Eigenkapital für die Firmen der Photovoltaikindustrie, die Verbesserung der Forschungs- und Entwicklungskompetenz bzw. ein Labelling für Solarstromprodukte, das ökologische, qualitative und soziale Aspekte berücksichtigt.

Für die Fraktion:

Rothe-Beinlich